

## TECHNOLOGIE-OFFENSIVE FÜR ÖSTERREICH JETZT STARTEN!

Auf welche  
Schwerpunkte  
die nächste  
FTI-Strategie  
setzen sollte.

Österreichische Post AG,  
MZ 03Z034897 M  
Vereinigung der österreichischen Industrie,  
Schwarzenbergplatz 4, 1030 Wien



### INDUSTRIE

Warum die Lehrausbildung auch  
in schwierigen Zeiten Zukunft hat

Seite 4



### ENERGIE

Wie die Wasserstoff-Technologie  
als Chance genutzt werden kann

Seite 5



### WIEN

IV-Wien forciert  
Produktionsstandort Stadt

Seite 10

# Droht uns eine Zombie-Wirtschaft?

Der Staat hat seine Aufgabe als Feuerwehr in den vergangenen Monaten mehr als wahrgenommen. Ist das nun ein Abgesang auf die Marktwirtschaft? Wohl kaum.

Eine Volkswirtschaft lebt von der Produktivkraft der Unternehmen, der Motivation der Menschen, der Wettbewerbsfähigkeit des Standortes und dem Zusammenhalt in der Gesellschaft. Sie lebt also von der richtigen Balance zwischen der Dynamik des Marktes und der Stabilität des Staates – ökonomisch betrachtet von der richtigen Balance zwischen „Equity“ (Umverteilung) und „Efficiency“ (Produktivität).

## Richtige Balance zwischen Umverteilung und Produktivität

In Österreich ist das Pendel zwischen Staat

und Markt, also zwischen „Equity“ und „Efficiency“, in den vergangenen Jahrzehnten stark Richtung Umverteilung statt in Richtung Produktivität geschwungen. Österreich hatte bereits vor der Corona-Krise die vierthöchsten Sozialausgaben pro Kopf in der EU. Diese wurden mit der vierthöchsten Steuer- und Abgabenbelastung in der EU finanziert (43,8 Prozent des BIP 2020) und mit den fünfthöchsten Staatsschulden pro Kopf in der EU (mit knapp 32.000 Euro pro Kopf noch vor Griechenland) auf die nächsten Generationen abgewälzt. Fast drei von vier Euro an Steuer- und Abgabeneinnahmen wurden bereits vor Corona vom Staat umverteilt. Das

ist noch nicht alles. Neben den hohen Kosten des Sozialstaates verursacht ein Zuviel an Staat auch wachstumsdämmende Wirkungen in Form von Verwaltungsaufwand, Bürokratie und Regulierungen. Laut OECD könnte Österreich mit einem schrittweisen Abbau der wachstumshemmenden Regulierungen sein BIP pro Kopf in den kommenden 15 Jahren immerhin um bis zu 6 Prozent steigern.

## Staatsausgaben um ein Fünftel angewachsen

So viel zur Theorie: Kommen wir nun zur aktuellen Krise. Sie ist quasi das größte Real-Life-Experiment einer staatlichen Interventionspolitik seit dem Fall des ehemaligen Ostblocks. Die Staatsausgaben wurden sprunghaft um ein Fünftel (!) gesteigert und das Regulierungspendel schwappte wie nie zuvor von der Freiheits- zur Sicherheitspräferenz. Was droht uns aber nun nach dieser größten Verdrängung der privaten Initiative durch den Staat seit dem Zerfall des Kommunismus? Theoretisch könnte ja nun der Staat (und die Politik) übernehmen und unseren Wohlstand in Zukunft erwirtschaften.

Klingt gut, aber der Stolperstein heißt Effizienz. Ja, dem Staat kann niemals das Geld ausgehen, aber genau das ist sein Problem: Die natürliche Knappheit der Geldressourcen wird durch öffentliche Zwangsabgaben entfremdet und fördert damit unproduktives Vorgehen. Und ja, die Politik ist zwar

nahe an den Menschen, aber nicht so nahe wie die Unternehmen, die jeden Tag brandaktuell Signale ihrer Kunden in Form von Kaufentscheidungen verarbeiten können (und müssen). Wenn wir also eine Zombifizierung der Wirtschaft mit hohen Staatsausgaben, geringer Produktivität und geringem Reformdruck mittelfristig verhindern wollen, müssen wir bald wieder zurück zu einer gesunden Aufgabenteilung zwischen

**Die Politik ist zwar nahe an den Menschen, aber nicht so nahe wie die Unternehmen.**

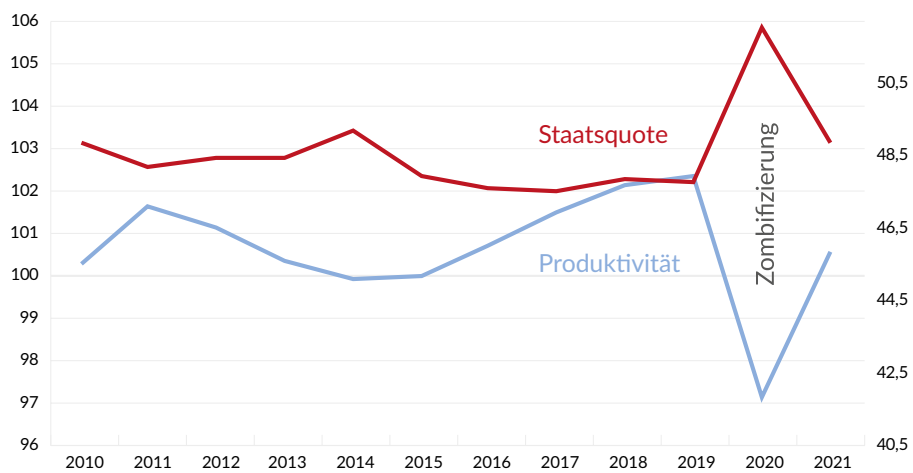
Staat und Markt finden. Der Staat soll bitte für Stabilität sorgen, aber der Markt für Dynamik. Das entfremdet uns nicht von den Menschen, sondern nähert uns ihnen im Gegenteil wieder an – frei nach Nicholas Stern: „Capitalism is how we take care of people we don't know.“

### KONTAKT

Clemens Wallner,  
Wirtschaftspolitischer Koordinator  
der IV: [clemens.wallner@iv.at](mailto:clemens.wallner@iv.at)

## Die drohende Zombifizierung durch den Staat

Produktivität und Staatsquote in Österreich seit 2010



Quelle: AMECO (Europäische Kommission, Frühjahr-Prognosen vom Mai 2020)

Gesamtfaktorproduktivität und (um Konjunkturfaktoren und Zinszahlungen bereinigte) Staatsausgaben in % des BIP

## GASTKOMMENTAR

# Vor Allmachtsfantasien wird gewarnt

Die politischen wie wirtschaftlichen Folgen der Pandemie haben das Zeug, der sozialen Marktwirtschaft, wie wir sie kennen, den Boden unter den Füßen wegzuziehen. Das sollten wir tunlichst verhindern.

Wir leben in spannenden Zeiten – in der chinesischen, auf Stabilität und Ordnung ausgerichteten Mentalität, ist das bekanntlich ein Fluch. Die Corona-Pandemie ist – nach der Finanz- und Migrationskrise – der dritte große Bruch in wenig mehr als einem Jahrzehnt. In der Finanzkrise 2008 ff. fragten sich die liberalen Eliten bang, ob nicht die Linke mit ihrer Kritik am Finanzkapitalismus doch recht habe. Im Zuge der Migrationskrise zweifelten dann Linke an ihrem Traum von einer grenzenlosen Welt. Am Ende blieben die meisten aber doch bei ihren alten Überzeugungen. Schon deshalb sollten wir jetzt allen intellektuellen Schnellschüssen zu den langfristigen Folgen der Pandemie misstrauen. Meist liegen die Instant-Weltendeuter daneben.

Trotzdem wird die Welt nach Corona eine andere sein. Zu viele Gewissheiten werden nun nicht nur in Frage, sondern sogar auf den Kopf gestellt. Der Leistungsgedanke etwa, der im Zentrum sämtlicher marktwirtschaftlicher Grundsätze, auch ihrer sozialen wie ökosozialen Varianten, steht, wird gerade arg verspottet, ja außer Kraft gesetzt; und zwar für Unternehmer wie Arbeitnehmer zugleich. Unverschuldet und ohne Unterschied nach Branchen hängt ihrer beider Existenz

nun über Nacht an staatlichen Hilfen. Auch der Erfolg jener wenigen Branchen, die dank Corona boomen, ist frei von eigenem Verdienst: Leere oder volle Auftragsbücher sind zu einer Glücksfrage verkommen. Dieses Ausgeliefertsein trägt die Möglichkeit in sich, Mentalitäten wie Systeme zu verändern.

**„Wir sollten jetzt allen intellektuellen Schnellschüssen zu den langfristigen Folgen der Pandemie misstrauen. Meist liegen die Instant-Weltendeuter daneben.“**

Die neue Rolle des Staates weckt neue Allmachtsfantasien. Wie auch nicht, wenn sich die Politik quasi über Nacht und im Verband mit den Notenbanken an jenen Hebeln wiederfindet, die alles, wirklich alles am Leben

und am Laufen zu halten vermögen. Geld ist, für den Moment jedenfalls, kein knappes Gut mehr, und auch die traditionellen Grenzen staatlicher Eingriffe in Wirtschaft und Privatleben sind aufgehoben.

Sicher, die wenigsten Akteure haben sich in diese Rolle gedrängt; ihr Handeln entspringt der nackten Not, die beispiellosen Folgen der Pandemie zu begrenzen – in der Hoffnung, anschließend wieder zu einem vertrauteren Normalzustand zurückkehren zu können. Die Chance dazu lebt, sicher ist dies aber keineswegs. Man gewöhnt sich schnell an neue Möglichkeiten. Davon wissen Politik und ein überdrehter Finanzkapitalismus, die beide von der Geldschwemme der Notenbanken nicht mehr lassen wollen, die ihnen erst die Finanzkrise und jetzt Corona beschert hat.

Tatsächlich ist jetzt eine Chance zu Veränderungen, und zwar schnelleren, als sie womöglich ohne Corona stattfänden. Das ist insbesondere im Hinblick auf den Umbau unserer kohlenstoffgetriebenen Produktions- und Lebensweise nötig, um die Verpflichtungen zum Klimaschutz zu erreichen. Aber auch sonst steckt viel Potenzial für Gutes und Sinnvolles in den Umwälzungen – für Mensch wie Wirtschaft. Wir sollten nur darauf schauen, dass der Pandemie am Ende nicht auch einiges von dem zum Opfer fällt,

das unseren Wohlstand erst ermöglicht und erarbeitet hat.

Der Mut und Fleiß von Unternehmerinnen und Unternehmern etwa, die mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Dienstleistungen und Waren anbieten, die im In- wie Ausland gefragt sind. Und ein Staat, der seine Rolle als verlässlicher Rahmensetzer versteht, der in Bildung wie Ausbildung investiert, Innovationen fördert, aber nicht definiert, und für ein so umfassendes wie leistbares Netz an sozialer Sicherheit sorgt. Kurz ein Staat, der weiß, dass Allmachtsfantasien bisher immer ins Desaster geführt haben.



Walter Hämmerle  
ist Chefredakteur der „Wiener Zeitung“

Fotos: Wiener Zeitung

# Mehr Zukunft produzieren

Neben Maßnahmen zur Krisenbekämpfung muss Österreich einen ambitionierten Steigerungspfad bei FTI-Mitteln verfolgen. Es gilt insbesondere Unternehmen bestmöglich bei Forschung, Technologie und Innovation zu unterstützen – als Basis für Wettbewerbsfähigkeit, Arbeitsplätze und Wohlstand.

Österreichs Aktivitäten zur wirtschaftlichen Linderung der Corona-Krise können sich im internationalen Vergleich sehen lassen. Mit der Verlängerung der Kurzarbeit ab Oktober wurde eine weitere wichtige Maßnahme gesetzt, die vor allem der Industrie helfen soll, Beschäftigung zu sichern und damit Fachkräfte zu halten.

Zusätzlich ist es freilich notwendig, wieder verstärkt an die Zukunft zu denken und entsprechende Investitionen anzureizen. Die Einführung der Investitionsprämie ist dafür ebenso ein wichtiges Signal wie das Forschungsfinanzierungsgesetz, das im Juli 2020 den Nationalrat passiert hat und in einem ersten Schritt mehr Planungssicherheit bringt. Die Industrie hat sich bei diesen wichtigen Beschlüssen maßgeblich eingebracht.

Klar ist aber auch, dass bei der Finanzierung etwa für angewandte Forschung und Entwicklung noch erhebliche Finanzierungslücken bestehen. Ein ambitionierter Steigerungspfad der heimischen FTI-Mittel ist daher alternativlos. Österreichs Industrie will weiterhin kräftig in Forschung, Technologie und Innovation investieren, um ihre Wettbewerbsfähigkeit und damit Arbeitsplätze und Wohlstand in Österreich zu sichern. Dabei brauchen unsere Betriebe aber wirksame Unterstützung durch die Politik.

Der IV-Vorschlag einer „Technologieoffensive für die angewandte Forschung“ aus den Mitteln des österreichischen EU-Rabatts steht

dabei ebenso im Raum (siehe Titelgeschichte auf Seite 6) wie insgesamt eine ambitionierte FTI-Strategie, welche die Stärken der heimischen FTI-Politik – etwa die Forschungsprämie – absichert und weiterentwickelt. Außer Frage steht auch, dass wir in der FTI-Politik auf strategische Stärke- und Zukunftsfelder, wie Produktion, Digitalisierung, Ressourceneffizienz oder Life Science setzen müssen. Lediglich auf „Green“-Bereiche zu fokussieren wäre der falsche Weg, der uns bei wichtigen Zukunftsthemen wie Künstlicher Intelligenz zum Zuseher statt zum Akteur machen würde. Neben der Stärkung des Fachhochschulsektors und einer Exzellenzinitiative für die Universitäten muss Österreichs FTI-Politik auch der besonderen Rolle unserer derzeit 270 Leitbetriebe gerecht werden. Sie sind F&E-Treiber, die schon 2017/18 mit 3,8 Mrd. Euro F&E-Ausgaben knapp ein Drittel der gesamten bzw. die Hälfte der privaten F&E-Ausgaben in Österreich stemmten. Sie produzieren mit ihren verbundenen KMU Tag für Tag Zukunft für unser Land. Genau das brauchen wir gerade jetzt mehr denn je.

Ihr



Christoph Neumayer, IV-Generalsekretär



G  
Z  
U  
N  
F  
U  
T  
I  
G  
K  
E  
I  
T



„Wir produzieren hier schon sehr effizient. Gehen wir national vor, wird in anderen Ländern produziert, in denen mehr CO<sub>2</sub> emittiert wird. Es geht nur gemeinsam.“

Hubert Rhomberg, IV-Vorarlberg-Vizepräsident und Geschäftsführer Rhomberg Bau Holding GmbH



„Ich glaube, es wäre verfehlt, die jetzige schwierige Arbeitsmarktsituation durch eine gesetzliche Arbeitszeitverkürzung lösen zu wollen.“

Christoph Badelt, Leiter des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung



„Die Investitionsprämie ist ein wichtiger Impuls für die Wirtschaft.“

Franz Gasselsberger, Generaldirektor der Oberbank AG

## AKTUELLES IN KÜRZE

### POSTING DES MONATS

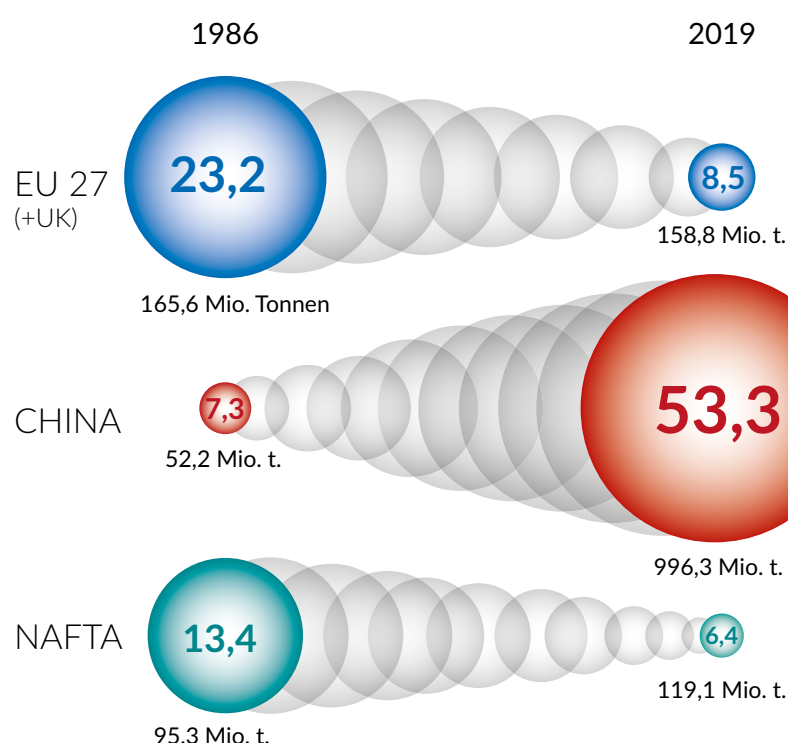


### GRAFIK DES MONATS

Die Umsetzung der europäischen Klimapolitik muss zu einem wirtschaftlichen und sozialen Erfolg Europas werden, der international wahrgenommen wird und zum internationalen Nachahmen einlädt. Denn wirksame Klimapolitik muss auch – oder gerade – außerhalb Europas stattfinden. Die Grafik veranschaulicht, warum: 1990 produzierten die Länder der heutigen EU-27 mit dem Vereinigten Königreich rund ein Viertel des weltweiten Rohstahls, Chinas Anteil belief sich auf 7 Prozent. 30 Jahre später ist der europäische Anteil auf unter 10 Prozent gesunken. Mehr als die Hälfte des Rohstahls wird heute in China erzeugt. Dabei werden CO<sub>2</sub>-intensive Produkte – wie Zement, Stahl oder Papier – kaum wolklimaschonender produziert als in Österreich. So hat die heimische Stahlindustrie ihre prozessbedingten Emissionen stetig gesenkt. Dadurch ist es gelungen, die Stahlproduktion von den Treibhausgasemissionen zu entkoppeln. Pro Tonne produziertem Rohstahl wurden die Emissionen seit 1990 um 23 Prozent gesenkt.

### Anteile an weltweiter Rohstahlerzeugung

Angaben in Prozent



Quelle: worldsteel/IV-FP&R/Wipol/Oliver 2019

# Die Lehrausbildung hat Zukunft, gerade auch in schwierigen Zeiten

Aktuell bildet die Industrie rund 16.500 Lehrlinge aus. Was notwendig ist, um diese Erfolgsgeschichte fortzusetzen, zeigt die IV.

**A**uch wenn die Arbeitsmarktsituation speziell für junge Menschen weiterhin äußerst angespannt ist: Die schlimmsten Befürchtungen in Richtung des Lehrstellenmarktes dürften sich vorerst nicht bewahrheiten. Gerade in der Industrie sind Unternehmen auch weiterhin auf der Suche nach geeigneten Bewerbern.

Das bestätigt den hohen Stellenwert der Lehrausbildung für die Nachwuchssicherung in der Industrie. Mit rund 16.500 Lehrlingen in über 1.200 Lehrbetrieben Ende 2019 ist sie in den vergangenen Jahren zum zweitgrößten Lehrlingsausbildner Österreichs aufgestiegen – im vollen Bewusstsein, dass der Fachkräftemangel eine ihrer größten Herausforderungen der nächsten Jahre ist. Für jeden Lehrling nimmt sie im Schnitt mehr als 104.000 Euro in die Hand, mehr als alle anderen Branchen. Neben einem überdurchschnittlichen Gehalt bietet die Industrie vorteilhafte Ausbildungsbedingungen und ausgezeichnete Karriereperspektiven.

Während die Politik hinsichtlich der Lehrberufe laufend Reformschritte setzt, liegen

weitere Herausforderungen vor allem an den Schnittstellen des Bildungssystems – in Richtung der höheren Bildung, aber vor allem zu den vorgelagerten Bildungswegen. Daher sind für die weitere Attraktivierung der Lehrausbildung folgende Maßnahmen aus Sicht der Industrie dringend notwendig:

**Qualitätsoffensive für die Grundbildung:** Um die Vorkompetenzen von angehenden Lehrlingen zu verbessern, braucht es eine grundlegende Neukonzeption der Pflichtschulzeit mit langfristigen Bildungszielen und modernen Rahmenbedingungen – insbesondere zur Unternehmens- und Wirtschaftsbildung sowie den Digital Skills.

**Strukturierte Eingangsphase in die Lehre:** Schon in Normalzeiten besucht nicht ohne Grund weniger als ein Drittel der künftigen Lehrlinge die polytechnische Schule. Da aktuell auch noch das „Durchfallen“ an den berufsbildenden Schulen pandemiebedingt kaum stattfindet, gehen nun auch die Bewerbungen abbrechender Schüler zurück. Das zeigt einmal mehr: Statt Abbrüchen und Bauchentscheidungen braucht es eine strukturierte Eingangsphase für alle angehenden Lehrlinge.

## Die Industrie investiert kräftig in Top-Lehrlingsausbildung

Durchschnittliche Kosten pro Lehrling:



Für die qualitativ hochwertige Lehrlingsausbildung und die Zukunft eines Jugendlichen nimmt die Industrie mehr als 104.000 Euro in die Hand.

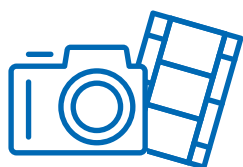
**Optimierung der Bildungs- und Berufsorientierung:** Das Wunschziel ist eine objektive Erhebung der Stärken und Schwächen einzelner Schüler und darauf aufbauend eine unabhängige und umfassend informierende Beratung zu potenziellen Bildungs- und

Berufswegen. Vor allem sollten mehr Mädchen für Technik begeistert werden, diese entscheiden sich immer noch eher für „klassische Frauenlehrberufe“, lediglich rund 17 Prozent der Industriehrlinge sind weiblich.

## LEHRLINGSTALK: „WIR REDEN MIT DEN FACHKRÄFTEN VON MORGEN“

„Eine Lehre in der Industrie bietet vielfältige Karrieremöglichkeiten und ist ein starkes wie stabiles Fundament für eine erfolgreiche berufliche und persönliche Zukunft. Völlig zurecht ist die österreichische Lehrlingsausbildung ein internationales Erfolgsmodell“, betonten Wirtschaftsministerin Margarete Schramböck und IV-Präsident Georg Knill beim Lehrlingstalk im August. Über die Zukunft der Lehrausbildung diskutierten sie mit Lehrlingen aus 23 Unternehmen: AT&S AG, Boehringer Ingelheim, Doppelmayr Seilbahnen, Dr. Bohrer Lasertec, Energie Burgenland, Geberit, Greiner AG, Miba AG, Leyrer + Graf, MAGNA Steyr, Palfinger

AG, Raiffeisen Landesbank NÖ-Wien, Rosendahl Nextrom GmbH, RHI Magnesita, Siemens AG, Sony Ltd., Thöni Industriebetriebe, Welsler Profile.



Fotos und Videos vom Lehrlingstalk finden Sie auf den Social-Media-Kanälen der Industriellenvereinigung.



IV-Präsident Georg Knill und Wirtschaftsministerin Margarete Schramböck mit Rosendahl Nextrom-Lehrling Liliane Gutmann beim Lehrlingstalk

## AKTUELLES AUS BRÜSSEL

### Es bleiben noch vier Monate, um sich auf den „echten“ Brexit vorzubereiten

Im August ging eine weitere Verhandlungsrunde zwischen EU und UK ergebnislos zu Ende. Die EU-Kommission warnt vor tiefgreifenden Veränderungen.

**G**roßbritannien scheidet zum Jahresende aus dem Binnenmarkt und der Zollunion aus. Das bisherige Fehlen nennenswerter Fortschritte bei den Verhandlungen über ein Nachfolgeabkommen kommentierte EU-Chefverhandler Michel Barnier mit „enttäuscht und besorgt“. Spätestens Ende Oktober muss ein Verhandlungsergebnis vorliegen, damit das Abkommen rechtzeitig vor 2021 umgesetzt werden kann. Bis dahin gilt weiterhin „nothing is agreed until everything is agreed“. Die größten Schwierigkeiten gibt es nach wie vor bei der Anerkennung der Rechtsprechung des Europäischen

Gerichtshofs, der Angleichung der rechtlichen Vorschriften unter anderem im Wettbewerbs- und Beihilfenrecht sowie bei Fischereiquoten.

#### Neue Pflichten und rechtliche Anforderungen

Auf Anregung des europäischen Arbeitgeberverbandes BusinessEurope hat die EU-Kommission im Juli eine detaillierte Zusammenstellung veröffentlicht, in der sie die absehbaren Veränderungen durch das Ende der Übergangsphase auflistet. Darin gibt sie an alle Betroffenen die dringende Empfehlung, sich auf einen tiefgreifenden

Wandel einzustellen – selbst wenn ein Handelsabkommen bis Ende des Jahres abgeschlossen würde. So gibt es viele Änderungen, die durch den Austritt des Vereinigten Königreichs am 31. Jänner bereits begründet wurden und selbst bei einem ambitionierten Agreement über die zukünftigen Beziehungen eintreten werden.

Die Bereiche reichen von Zoll- und Steuervorschriften über die Zertifizierung von Waren, Ursprungsregelungen sowie dem Handel von Dienstleistungen bis zu Änderungen bei der Koordinierung der Sozialversicherungssysteme. Betroffen sind auch

Finanz- und Verkehrsdienstleistungen sowie Anforderungen bei Datenübertragungen in das Vereinigte Königreich. Die Kommission rät daher zu einer Prüfung der Lieferketten, um sicherzustellen, dass man nicht unvorbereitet in die Rolle des Importeurs oder Exporteurs mit damit verbundenen Pflichten und rechtlichen Anforderungen schlittert.

Mit Chefverhandler Barnier und seinem Verhandlungsteam stehen BusinessEurope und insbesondere die Taskforce EU/UK Relations in regelmäßigem Austausch, um auf die Anliegen der europäischen Industrie aufmerksam zu machen.

# Investitionsprämie für Unternehmen gestartet

Seit 1. August 2020 ist das Instrument, das Investitionen und damit Arbeitsplätze stärken soll, in Anwendung. Wermutstropfen bleibt, dass der automotiv Bereich nicht berücksichtigt wurde.

Wachstum, Wohlstand, Arbeitsplätze – das ist jener positive wirtschaftliche Dreiklang, für den Österreich allgemein bekannt ist. Die Verwerfungen durch die COVID-19-Pandemie setzten dem ein abruptes Ende. Nun gilt es sukzessive auf den Erfolgsweg zurückzufinden. Zeit spielt dabei eine wichtige Rolle – wie auch wirtschaftliche Nachhaltigkeit. Denn bekanntlich bedeutet nachhaltiges Wachstum investitionsgetriebenes Wachstum. In einer Phase der wirtschaftlichen Unsicherheit gilt es daher, durch Zuversicht, Planbarkeit

und ganz konkrete Anreize den Boden für Unternehmensinvestitionen zu bereiten. Mit der von der Bundesregierung umgesetzten Investitionsprämie ist dieser Schritt, für den sich die IV als wichtige Standortmaßnahme eingesetzt hatte, nun gemacht.

## Flexibilität und Planungssicherheit

Die Prämie beträgt 7 Prozent der Anschaffungskosten von Neuinvestitionen, für bestimmte Investitionen in Ökologisierung, Digitalisierung oder das Gesundheitswesen 14 Prozent. Das Gesamtvolumen liegt bei einer Milliarde Euro, Anträge können seit 1. September gestellt werden. Besonders positiv

ist, dass förderbare Investitionen nicht bis Ende Februar 2021 abgeschlossen sein müssen. Es bleibt darüber hinaus noch ein Jahr Zeit, für große Investitionen sogar drei Jahre. Gerade jetzt ist diese Art von Flexibilität für Unternehmen besonders wichtig, um sich rasch wechselnden wirtschaftlichen Gegebenheiten bestmöglich anpassen zu können.

## Chance für Klimaschutz bleibt ungenutzt

Aber es gibt auch einen Wermutstropfen. Denn Investitionen in neue Fahrzeuge der saubersten Emissionsklasse bei Verbrennungsmotoren werden nicht gefördert

– selbst wenn diese Motoren die höchsten Umweltstandards erfüllen. Das ist bedauerlich, hätte doch eine entsprechende Förderungswürdigkeit nicht nur einen Rückgang an CO<sub>2</sub>-Emissionen ermöglicht, sondern auch die Corona-bedingt massiv unter Druck geratene automotiv Wirtschaft unterstützt, die für 300.000 Arbeitsplätze in Österreich steht.

## WEBTIPP

Details zur Investitionsprämie finden IV-Mitglieder in ihrer **IV-TopApp**.

# Rot-weiß-rote Wasserstoffstrategie für Herbst angekündigt

Die Wasserstoff-Technologie birgt eine große Chance für das Energiesystem von morgen. Wie diese genutzt werden kann, beschäftigt die Industrie intensiv.

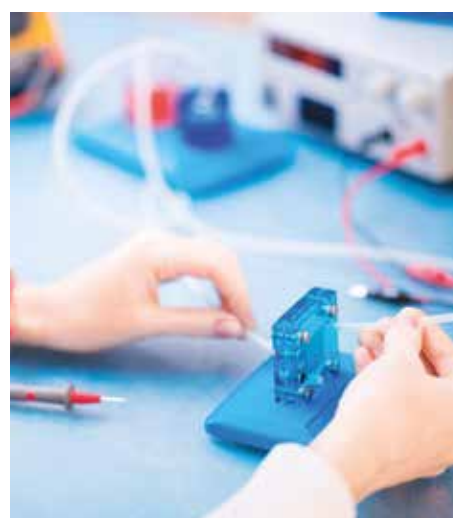
Die Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, in Österreich bis 2040 Klimaneutralität zu erreichen. Für dieses ambitionierte Ziel soll erneuerbarer Wasserstoff einen wesentlichen Beitrag leisten. Passend dazu wird derzeit die österreichische Wasserstoffstrategie im dafür zuständigen Klimaschutzministerium fertiggestellt. Noch im Herbst soll sie dem Ministerrat vorgelegt werden. Die Industriellenvereinigung war bereits früh in die Erarbeitung eingebunden und hat die Positionen der Industrie in die Arbeitsgruppe „Wasserstoff in industriellen Prozessen“ in der vorvorherigen Regierung eingebracht. Daher ist es auch grundsätzlich sinnvoll, dass die Endberichte der Arbeitsgruppen nun in eine politische Strategie übergeleitet werden.

## Fortschritte bei Erzeugungs- und Anwendungstechnologien

Generell sieht die IV Wasserstoff als ein Schlüsselement zur Speicherung und zum Transport von Energie und damit zur langfristigen Dekarbonisierung der Industrie. So

betreibt etwa die voestalpine gemeinsam mit Verbund und Siemens seit 2019 die weltweit größte Versuchsanlage zur Herstellung von grünem Wasserstoff. Obwohl in den vergangenen Jahren signifikante Fortschritte bei Erzeugungs- und Anwendungstechnologien erzielt wurden, stehen diese Technologien noch am Anfang. Umso wichtiger sind positive Rahmenbedingungen, um Wasserstoff zur Marktreife zu verhelfen. Zu den derzeit größten Herausforderungen zählt unter anderem die mangelnde Verfügbarkeit von kostengünstigem erneuerbarem Strom.

Die deutsche Wasserstoffstrategie oder auch der entsprechende Entwurf der Europäischen Kommission setzt – zumindest in einer Übergangsphase – auch auf andere CO<sub>2</sub>-freie bzw. -arme Arten von Wasserstoff. Das Klimaschutzministerium richtet den Fokus hingegen ausschließlich auf grünen Wasserstoff. Das heißt, der für die Herstellung von Wasserstoff mittels Elektrolyse notwendige Strom stammt ausschließlich aus erneuerbaren Energiequellen. Allerdings ist diese Methode mit deutlich höheren



Wasserstoff ist ein Schlüsselement zur Speicherung und zum Transport von Energie und damit zur langfristigen Dekarbonisierung der Industrie.

Produktionskosten verbunden. Die Erzeugung von konventionellem Wasserstoff kostet rund 1,50 Euro pro Kilo, während grüner Wasserstoff bis zu 5,50 Euro je Kilo teuer ist, rechnet die Europäische Kommission vor.

## Kostensenkung ermöglichen

Die IV plädiert daher für umfassende Bedarfsanalysen und Berechnungen über die für die Kosten relevanten Faktoren. Denn wenn die angestrebte Transformation des Energiesystems auch wirtschaftlich darstellbar sein soll, sind Rahmenbedingungen zentral, die eine Kostensenkung ermöglichen. Dafür notwendig sind finanzielle Anreize für sogenannte „Breakthrough“-Technologien sowie Förderungen auf nationaler wie europäischer Ebene für die Umstellung auf Wasserstoff in der energieintensiven Industrie. Vergleichbares sieht etwa die deutsche Wasserstoffstrategie vor. Grundvoraussetzung ist zudem die permanente Verfügbarkeit von ausreichendem erneuerbarem Strom zu wettbewerbsfähigen Kosten. Das erfordert entsprechende europäische Übertragungskapazitäten (die es derzeit allerdings aufgrund schleppender Genehmigungsverfahren nicht gibt), um etwa den Zugang zu Offshore-Windenergie im Norden Europas sicherzustellen oder den Aufbau einer europäischen Wasserstoffwirtschaft zu schaffen.

## IV-UPDATE

### Phase III der Kurzarbeit beschlossen

Mit der Verlängerung des Kurzarbeitsmodells, das ab 1. Oktober für 6 Monate gelten soll, wird ein Kernanliegen der Industrie umgesetzt.

Ende Juli hat die Bundesregierung die Verlängerung des Kurzarbeitsmodells präsentiert. Die IV hatte sich im Vorfeld für eine praxistaugliche Lösung für Unternehmen eingesetzt. Gerade in der Industrie können im nächsten Halbjahr aufgrund der gesamtwirtschaftlichen Situation Auftragsrückgänge vermehrt spürbar werden (siehe Bericht auf Seite 8). Die festgelegte Regelung soll Betrieben die notwendige Flexibilität geben.

## Wichtige Industrie-Empfehlungen berücksichtigt

Die Eckdaten auf einen Blick: Die Verlängerung des Kurzarbeitsmodells gilt ab 1. Oktober und kann zunächst für weitere sechs Monate beantragt werden. Positiv ist insbesondere, dass bei den Kurzarbeitsbeihilfe-Modalitäten an der Praxis des aktuellen Modells festgehalten wird: Unternehmen müssen die tatsächlich erbrachte Arbeitsleistung bezahlen. Für die

Differenz zu den Nettoersatzraten kommt weiterhin – wie von der Industrie im Rahmen der Verhandlungen eingebracht – in voller Höhe, inklusive Lohnnebenkosten, das AMS auf.

Hinzu kommt die Stärkung der Qualifizierungselemente bei der Kurzarbeit. So wurde verankert, dass die Weiterbildungsbereitschaft der Beschäftigten gegeben sein muss. Aus Sicht der Industrie

profitieren Menschen und Unternehmen vom Modell gleichermaßen, denn damit liegt ein geeignetes Instrument vor, um Arbeitsplätze zu sichern und sich gleichzeitig den wirtschaftlichen Erfordernissen anzupassen. Zu Redaktionsschluss dieser Ausgabe Anfang September setzte sich die IV zudem für eine rasche Sozialpartnervereinbarung sowie eine neue AMS-Richtlinie ein, die Unklarheiten möglichst rasch beseitigen sollte.

# Vorrang für Forschung

Obwohl die Industrie von der Corona-Krise hart getroffen ist, setzen die heimischen Betriebe weiter auf Forschung, Entwicklung und Innovation. Die Industriellenvereinigung zeigt auf, wie FTI-Politik die Unternehmen wirkungsvoll unterstützen kann und muss.



Die Zahlen sprechen eine klare Sprache: Österreichs Wirtschaft wurde von der Corona-Krise bisher überaus hart getroffen. Für heuer droht ein Rückgang der Wirtschaftsleistung um -7,6 Prozent. Der Schaden allein für die Industrie liegt bei mehr als 8 Mrd. Euro. Der produzierende Sektor ist einer der drei am stärksten betroffenen Wirtschaftsbereiche. Trotzdem setzen die heimischen Produktionsbetriebe weiter auf Investitionen in Forschung, Technologie und Innovationen.

## „Blut in den Adern“ der Industrie

„Forschung, Technologie und Innovationen sind das Fundament für den Erfolg und das Blut in den Adern der modernen Industrie. Sie machen die Betriebe krisenfest und fit für neues Wachstum“, so IV-Präsident Georg Knill. So ist zwischen 2007 und 2017 – und somit auch während der Finanzkrise – die Wertschöpfung von F&E-aktiven Firmen um 19 Prozent gestiegen. Bei nicht F&E-aktiven Betrieben hat hingegen die Krise voll durchgeschlagen: Sie hatten kein reales Wachstum zu verzeichnen.

Knill: „Ohne die forschenden Unternehmen hätten wir einen volkswirtschaftlichen Dauer-Lockdown in Österreich. Umso mehr müssen die Unternehmen gerade jetzt in ihren F&E-Aktivitäten Kurs halten können.“

**„Forschung, Technologie und Innovationen sind das Fundament für den Erfolg und das Blut in den Adern der modernen Industrie.“**

Georg Knill  
IV-Präsident

Vor diesem Hintergrund fordert die Industriellenvereinigung, dass Österreichs erhöhter EU-Rabatt in eine Technologieoffensive mit zusätzlich einer Milliarde Euro für die direkte Förderung von angewandter Forschung in den nächsten Jahren investiert wird. IV-Präsident Knill: „Damit könnten wir einen Doppelschlag ausführen. Zum einen könnten wir gerade in der Krise einen Forschungsturbo zünden und innovative Unternehmen gehen in der Folge gestärkt aus der Krise heraus. Und zum anderen könnten wir uns nach Jahrzehnten endlich selbst aus der 2. Liga der Innovationsstandorte herauskatapultieren und durch die gewonnene Innovationskraft zum Innovation Leader werden.“

## Kein „Technology picking“

Ein weiteres wichtiges IV-Anliegen in der FTI-Politik: Industrie und Klimaschutz sind kein Widerspruch und dürfen auch nicht so behandelt werden. Deutlich verstärkte Anstrengungen in Innovation und Technologie verbessern sowohl die Wettbewerbssituation als auch die Klimabilanz der Unternehmen. Forschung, Technologie und Innovationen müssen daher in ihrer ganzen Breite forciert werden. „Auch FTI in Mobilität, Digitalisierung, Produktionstechnologien oder Materialwissenschaft trägt zu Ressourcenschonung und -effizienz bei. Es darf zudem kein ‚Technology picking‘ geben“, warnt IV-Generalsekretär Christoph Neumayer. Gerade die EU solle nicht andere Zukunftstechnologien, wie Künstliche Intelligenz (KI), ignorieren und damit Nationen wie China überlassen. Europa hat beim Wachstumstreiber KI erheblichen Handlungsbedarf: Von den 100 am schnellsten wachsenden KI-Unternehmen kommen gerade einmal fünf aus Europa.

Dafür braucht es allerdings weiter Unterstützung der Politik – strategisch durch eine neue FTI-Strategie (siehe Kasten) und in finanzieller Hinsicht. Hier sind EU und Österreich in der Pflicht. Denn auch, wenn mehr Mittel als bisher vorgesehen sind: Die Budgetierung von „Horizon Europe“ im geplanten Mehrjährigen Finanzrahmen der EU ist weit unter den Erwartungen und Notwendigkeiten geblieben. Und beim „EU-Recovery Programm“ wurden ebenfalls geplante FTI-Mittel gekürzt. Auch auf nationaler Ebene fehlt im jüngst beschlossenen Forschungsfinanzierungsgesetz ein ambitionierter budgetärer Steigerungspfad.

## FTI-STRATEGIE

### 7 IV-ZIELE FÜR ÖSTERREICHS WEG AN DIE INNOVATIONSSPITZE

- Österreichische Forschungsquote ist auf mindestens 4 Prozent des BIP bis 2030 anzuheben. Die investierten Mittel sind effizient und outperthöhend einzusetzen.
- Österreich muss seine TOP 3-Platzierung hinsichtlich der Beteiligungen im EU-Forschungsrahmenprogramm halten und Rückflüsse steigern.
- Österreich muss sich eine TOP 3-Platzierung bei erfolgreich eingeworbenen ERC-Grants sichern und zumindest drei Universitäten bis 2030 unter den TOP 100 weltweit platzieren.
- Bis 2030 muss zumindest eine Verdoppelung der Anzahl der jährlichen Gründungen akademischer Spin-offs durch kontinuierliche Steigerung gelingen. Fünf weitere Corporate Venture Fonds müssen in Österreich erfolgreich angesiedelt bzw. etabliert werden.
- Österreich muss eine Top 3-Platzierung im DESI-Index erreichen. Dieser erfasst und bewertet den aktuellen Stand in den Bereichen Netzabdeckung, digitale Kompetenzen, Internetnutzung, Digitalisierungsgrad der Wirtschaft sowie elektronischer Behördendienste. 2019 belegte Österreich Rang 13.
- Bis 2030 sind +20 Prozent mehr Technikabsolventen sicherzustellen.
- Fünf neue F&E-intensive Leitbetriebe müssen bis 2022 in Österreich angesiedelt und bestehende Niederlassungen ausgebaut werden.



## ALPBACHER TECHNOLOGIE- GESPRÄCHE IM RÜCKBLICK

**„Auch FTI in  
Mobilität,  
Digitalisierung,  
Produktions-  
technologien oder  
Materialwissenschaft  
trägt zu Ressourcen-  
schonung und  
-effizienz bei.“**

Christoph Neumayer  
IV-Generalsekretär

Das Ziel der IV ist daher klar: Eine echte Technologieoffensive als Ticket in die Zukunft muss die Themen moderne Produktionstechnologien, Tech for Green, Digitalisierung in der gesamten Bandbreite und Life Sciences umfassen. Neumayer: „Darüber hinaus braucht es als Basis ein stabiles FTI-Fundament, das durch Enabling-Maßnahmen und themenoffene Initiativen gestärkt wird. Und dabei ist Klotzen und nicht Kleckern angesagt.“

### MINT-Nachwuchs sichern

Entscheidend für FTI-Erfolge der Industrie für krisenfestes Wachstum sind natürlich auch erstklassig qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Isabella Meran-Waldstein, die den IV-Bereich Forschung, Technologie

und Innovation leitet, erklärt: „Der Innovationsnachwuchs und MINT-Berufe haben allerhöchste Bedeutung für die Industrie.“ Bis 2025 werden für Österreich +55.000 neue MINT-Jobs erwartet. Der Fachkräftemangel in diesen Bereichen ist unvermindert hoch: Drei Viertel der heimischen Industrieleitbetriebe kämpfen mit Personalproblemen im MINT-Bereich. Die Corona-Krise hat die Situation nicht entschärft. Die Forderung der IV: Bis 2030 sollen um 20 Prozent mehr Technikgraduierte aus HTL, FH und Uni sichergestellt werden und diese Vorgabe daher bereits jetzt als nationale Zielsetzung verankert werden. Dazu sind Ausbildungskapazitäten zu erhöhen, Dropout-Raten zu senken, neue attraktive Bildungsangebote zu etablieren und MINT schon ab dem Kindergarten zu fördern. Zudem sollen österreichweit „MINT-Regionen“ eingerichtet werden. Sie sollen den wünschenswerten Techniksprit im ganzen Land entfachen. Konsortien aus Bildungseinrichtungen, Unternehmen und öffentlicher Verwaltung sollen dafür regionale Netzwerke bilden, fordert die IV.

Fazit von IV-Präsident Georg Knill: „Mit einer mutigen FTI-Strategie und einer Technologieoffensive machen wir unsere Unternehmen krisenfest, stärken ihren Wachstumskurs, unterstützen die Beschäftigung und werden endlich zu einem der forschungstärksten Länder Europas. Nur dann ist gesichert, dass der Wohlstand von morgen bei uns zuhause ist.“

### INFORMATION

Aktuelle Informationen zum Thema FTI finde Sie auf [www.iv.at](http://www.iv.at) bzw. auf den Social Media-Kanälen der IV.



IV-Präsident Georg Knill diskutierte beim FTI-Talk zur Eröffnung der Alpbacher Technologiegespräche mit Klimaschutzministerin Leonore Gewessler, Wirtschaftsministerin Margarete Schramböck, Bildungsminister Heinz Faßmann und dem Präsidenten des Rats für Forschung und Technologieentwicklung Hannes Androsch.



Die IV organisierte die interdisziplinäre Breakout-Session „Verantwortung. Produktion. Europa.“ Die Podiumsgäste waren: Markus Beyrer (Generaldirektor BusinessEurope), Georg Kopetz (CEO TTTech Group), Lars Nagel (CEO International Data Spaces Association), Sabine Seidler (Rektorin Technische Universität Wien), Stephan Sielaff (CTO Lenzing AG) und Michael Wiesmüller (Leiter der Abteilung Schlüsseltechnologien für industrielle Innovation des BMK).

*„Unternehmen sind gut beraten auch bzw. gerade in der Krise ihre hoffentlich gut durchdachten Strategien weiterzuführen. Als Lenzing gilt ‚we stay the course‘.“*

Stephan Sielaff, CTO Lenzing AG

*„Wir müssen auf FTI-Politik setzen, um in das neue Industriezeitalter zu starten.“*

Georg Kopetz, CEO TTTech Group

*„Regionen mit einer starken Industrie, kommen besser durch Krisen. Starke Industriepolitik braucht starke Forschungspolitik.“*

Markus Beyrer, Generaldirektor BusinessEurope



Seit 2016 veranstalten die drei österreichischen technischen Universitäten TU Wien, TU Graz und Montanuniversität Leoben den **Innovations-Marathon**: ein 24-stündiges Event, bei dem internationale Studierende gemeinsam herausfordernde Aufgaben von Unternehmen lösen.

# Der Tiefpunkt ist durchschritten, aber der Aufstieg wird steinig

Nach den sonstigen Dienstleistungen ist die Industrie zusammen mit der Tourismuswirtschaft der am stärksten betroffene Sektor. Die Corona-Krise zeigt deutlich, warum die exportorientierte Industrie so wichtig für Wachstum und Wohlstand ist.

Der konjunkturelle Tiefpunkt ist durchschritten, aber die österreichische Wirtschaft ist noch nicht über den Berg. Die Mehrheit der Unternehmen rechnet mit einem konjunkturell sehr schwierigen Herbst, der durch einen steinigen Erholungspfad, eventuell sogar mit einzelnen Rückschlägen, gekennzeichnet ist. Dennoch hält die IV-Prognose aus dem April weiterhin, welche eine BIP-Schrumpfung um 7,6 Prozent im Vergleich zum Vorjahr erwarten lässt.

## Asymmetrischer V-förmiger Verlauf

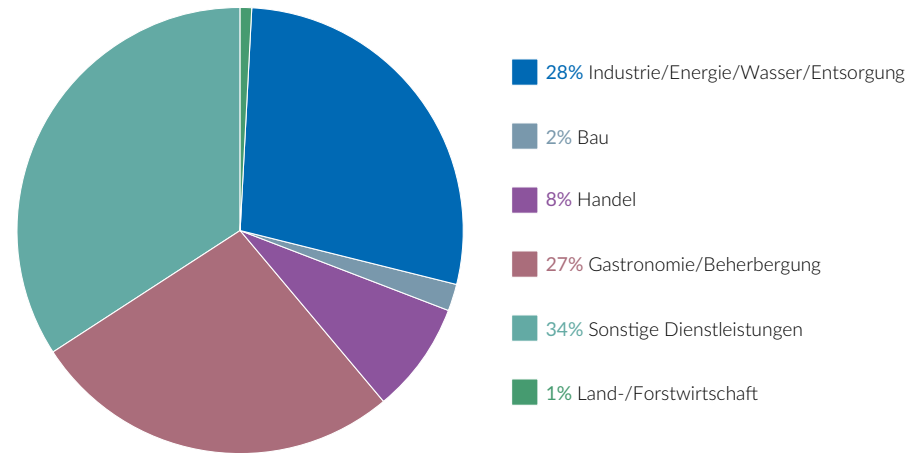
„Aus heutiger Sicht ist eine Erholung der Wirtschaft mit einem asymmetrischen, V-förmigen Verlauf zu erwarten. Auf den steilen Absturz folgt ein Aufwärtstrend mit anfänglich recht hoher Dynamik, der aber zunehmend verflachen wird. Je nach Verlauf der Pandemie könnte die Erholung zeitweise auch ganz zum Erliegen kommen“, analysiert IV-Chefökonom Christian Helmenstein.

Demnach steigt die Teilkomponente des Konjunkturbarometers „Geschäftserwartungen“ auf +12 Punkte und markiert damit den höchsten Wert seit dem ersten Quartal 2018. Selbst auf dem derzeit weit unterhalb der Normalauslastung liegenden Aktivitätsniveau erwarten 21 Prozent der befragten Unternehmen nicht nur keine Verbesserung, sondern sogar eine Verschlechterung ihrer Geschäftslage auf Sicht eines halben Jahres. Optimistisch gestimmt sind nur 33 Prozent der Respondenten.

Insgesamt verliert die heimische Wirtschaft heuer durch den Lockdown etwas mehr als 30 Mrd. Euro an Bruttowertschöpfung. Helmenstein hat berechnet, welche Wirtschaftsbereiche die Krise besonders hart trifft. „Die sonstigen Dienstleistungen tragen rund ein Drittel des Gesamtschadens, Industrie und Tourismus jeweils etwas mehr als ein weiteres Viertel, der Handel ist hingegen weitaus und zunehmend weniger stark

## COVID-19-Schadensanteile

Sektorenvergleich (Gesamtschaden: -7,6% BIP-Schrumpfung = 100%)



Quelle: Economica

Die sonstigen Dienstleistungen tragen rund ein Drittel des Gesamtschadens, Industrie und Tourismus jeweils ein weiteres Viertel, der Handel ist weitaus und zunehmend weniger stark betroffen.

betroffen“, so Helmenstein, der den Schaden für die österreichische Industrie mittlerweile auf mehr als 8 Mrd. Euro beziffert. Starke Einbußen erleiden vor allem exportstarke Branchen wie der Maschinenbau, die Automobilzulieferung sowie die Metallbearbeitung und -verarbeitung.

ren, wie aus der ganz aktuellen IV-Resilienz-erhebung hervorgeht.

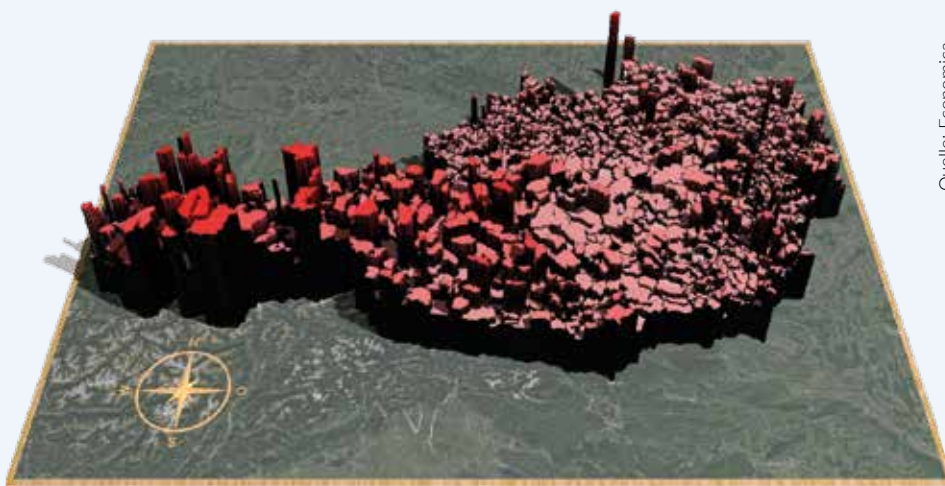
COVID-19 als unfreiwilliges Realexperiment mache augenfällig, wie sehr der Wohlstand und die Arbeitsplatzsicherheit am Erfolg der Exportwirtschaft hängen, erklärt Helmenstein. Das zeige, wie wichtig Multilateralismus und damit der Zugang zu Märkten sowie faire Wettbewerbsbedingungen für Österreich sind.

„Vor dem Hintergrund des vor COVID-19 bestehenden Fachkräftemangels unternimmt die Industrie große Anstrengungen, ihren hohen Beschäftigtenstand zu halten“, so Helmenstein. Die verlängerte Kurzarbeitsregelung sei für die Stabilisierung der Beschäftigung essenziell (siehe Beitrag auf Seite 5). Helmenstein weist aber noch auf einen zweiten Aspekt hin: „Jedes 25. Industrieunternehmen beabsichtigt seinen Personalstand trotz des Konjunkturreinbruchs sogar auszuweiten. Dieser Befund deutet wiederum an, dass sich der Fachkräftemangel im Wiederaufschwung schon früh wachstumshemmend auswirken wird. Daher ist gerade angesichts hoher Arbeitslosigkeit der Fokus auf Um-, Aus- und Weiterbildung zu richten. Zugespitzt formuliert bietet die Corona-Krise wachstumsstarken Unternehmen die letzte Gelegenheit, ihren Fachkräftepool angesichts des sich demografisch bedingt in den kommenden Jahren drastisch weiter verschärfenden Fachkräftemangels branchenübergreifend aufzufüllen.“

## Ökonomische COVID-19-Schäden in Österreich

Eine flächendeckende Analyse für sämtliche 2.095 Städte und Gemeinden des Economica Wirtschaftsinstituts zeigt, wo die Corona-Krise besonders eingeschlagen hat. Je höher die Säule, desto größer ist der Schaden, gemessen in Prozent des prä-COVID-„Bruttolokalproduktes“. Deutlich sichtbar wird hier ein enormes West-Ost-Gefälle in Österreich. So erfahren die westlichen Bundesländer weitaus größere COVID-19-bedingte Einbußen als die östlichen Bundesländer. Zurückzuführen ist die unterschiedliche Betroffenheit auf die sektorale Struktur:

Zwar leistet die Industrie auch in Tirol und Vorarlberg einen höheren Wertschöpfungsbeitrag zur regionalen Wirtschaftsleistung als die Tourismuswirtschaft, doch schlägt hier der Lockdown mit seinen während der Akutphase gegen 100 Prozent gehenden Wertschöpfungsverlusten anteilmäßig stärker durch. Umgekehrt verzeichnen jene Teile Österreichs prozentuell geringere Schäden, die durch eine technologie- und wissensintensive Wertschöpfung geprägt sind. Daran zeigt sich wiederum die Bedeutung der Industrie als entscheidender Wohlstandsfaktor.



Quelle: Economica

Ökonomische COVID-19-Schäden in Österreich – eine flächendeckende Analyse für sämtliche Städte und Gemeinden

**„Vor dem Hintergrund des vor COVID-19 bestehenden Fachkräftemangels unternimmt die Industrie große Anstrengungen, ihren hohen Beschäftigtenstand zu halten.“**

Christian Helmenstein,  
IV-Chefökonom

## Schwache Auslandsnachfrage bis Winter

In globaler Betrachtung ist noch kein Abebben der Pandemie zu beobachten. Aufgrund zahlreicher (Reise-) Beschränkungen können Unternehmen ihre Vor-Ort-Präsenz gerade auf Fernmärkten kaum oder nicht aufrechterhalten, sodass die schwache Auslandsnachfrage zumindest bis in den Spätherbst hinein anhalten wird. Wirtschaftsbereiche mit hohem Exportanteil sehen die nächsten 3 Monate daher kritischer als andere Sektoren,

## WEBTIPP

Weitere Informationen zur IV-Konjunkturumfrage finden Sie unter: [www.iv.at](http://www.iv.at)

## IMPRESSUM

Herausgeber, Medieninhaber und Redaktion: Vereinigung der Österreichischen Industrie (Industriellenvereinigung), Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: positionen@iv.at, Homepage: www.iv.at, ZVR: 806801248, LIVR-N.: 00160, EU-Transparenzregister Nr.: 89093924456-06, Vereinszweck gemäß § 2 Statuten: Die Industriellenvereinigung (IV) bezweckt, in Österreich tätige industrielle und im Zusammenhang mit der Industrie stehende Unternehmen sowie deren Eigentümer und Führungskräfte in freier und demokratischer Form zusammenzufassen; ihre Interessen besonders in beruflicher, betrieblicher und wirtschaftlicher Hinsicht auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu vertreten und wahrzunehmen, industrielle Entwicklungen zu fördern, Rahmenbedingungen für Bestand und Entscheidungsfreiheit des Unternehmertums zu sichern und Verständnis für Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu verbreiten.

Chefredaktion: Robert Albrecht, Stefan Tilsner, Lektorat: Brigitte Mayr, Heidi Abentung. Verantwortlich für den Inhalt: Mathias Burtscher, Joachim Haindl-Grutsch, Johannes Höhrhan, Eugen Stark, Claudia Mischensky, Gernot Pagger, Ingrid Puschartz-Meidl, Michaela Roither, Irene Schulte. Für den Inhalt der letzten drei Seiten zeichnet die jeweilige Landesgruppe verantwortlich. Grafik: Petra Matovic, Nina Mayrberger.

Druck: BULU - Buchdruckerei Lustenau GmbH, 6890 Lustenau. Erscheinungsort: Wien. Offenlegung nach § 25 des Mediengesetzes: iv-positionen erscheint 10x jährlich in einer Auflage von 8.300. Unternehmensgegenstand: Information zu industrie- und gesellschaftspolitischen Themen für Mitglieder der Industriellenvereinigung und Meinungsträger in Österreich. Siehe auch unter [www.iv.at](http://www.iv.at)

Fotos (Cover bzw. Coverstory): BMW/D/Hartberger, gettyimages, IV-Burgenland/pixabay, IV-Kärnten/gettyimages, IV-NÖ/David Schreiber, IV-OÖ/Adobe Stock, IV-Salzburg/Kolarik, IV-Steiermark/iStock, IV-Tirol/iStock, IV-Vorarlberg/Dietmar Mathis, IV-Wien/Stadt Wien/MA23

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird auf geschlechtsspezifische Endungen verzichtet. Die verwendeten Bezeichnungen beziehen sich auf alle Geschlechter gleichermaßen.



Fotos: IV



# „Den Titel Generaldirektor hab ich nie gemocht“

Der gebürtige Kärntner Karl-Heinz Strauss ist seit 10 Jahren CEO des Traditions-Bauunternehmens PORR. Beim Sommertermin mit der JI-Kärnten gab er Einblick in seine spannende Karriere.



## Desaster Lockdown

Die Urlaubszeit hat zu steigenden Corona-Zahlen geführt. Jetzt ist unterschiedenes Handeln gefragt, ein neuerlicher Lockdown wäre unleistbar.

Die Folgen der Corona-Lockdowns sind allerorten deutlich zu spüren, Rückgänge um rund 10 Prozent die Norm, mancherorts, wie etwa im Vereinigten Königreich, war der wirtschaftliche Rückgang sogar doppelt so stark. Manche europäische Länder sind halbwegs glimpflich durch die erste akute Zeit der Pandemie gekommen.

Mit Blick auf den Herbst und vor allem den Winter muss die Bundesregierung tun, was möglich ist, um lokale Ausbrüche unter Kontrolle zu behalten. Denn eines muss mit Blick auf die kommenden Monate klar sein: Einen zweiten völligen Lockdown können wir uns nicht leisten! Schon derzeit ist nicht abzusehen, wie viele Unternehmen es langfristig auch wirklich durch diese Krise schaffen werden. In Österreich und Deutschland gibt es, nicht zuletzt seitens der Industrie, auch hoffnungsvolle Signale, aber die einsetzende wirtschaftliche Erholung ist keineswegs robust.

Sehr zu begrüßen ist in diesem Sinne auch, dass man sich regierungsseitig bemüht, für Schulen ein durchgängiges Konzept zu finden, wie das kommende Schuljahr bewältigt werden kann. Man wird halt schon auch dementsprechend in die Ausrüstung der Schulen investieren müssen. Flächendeckende Schulschließungen wären jedenfalls eine Katastrophe – für die betroffenen Eltern und deren Kinder gleichermaßen. Bereits jetzt drohen manche Jugendliche den Anschluss zu verlieren. Hier müssen wir sehr aufpassen, dass es uns gelingt, den jungen Menschen Perspektiven zu bieten.

Keiner weiß, wie lange es dauern wird, bis Behandlungen oder eine (getestete und sichere) Impfung für COVID-19 zur Verfügung stehen werden. Klar ist aber, dass dieser Herbst und Winter kein leichter werden wird. Langfristig gesehen wird es dann aber auch einen langen Atem brauchen, um die enormen Kosten, die diese Krise verursacht, wieder zu erarbeiten. Da werden mutige strukturelle Maßnahmen gefordert sein.

Bis dahin aber müssen wir alles tun, um unsere wirtschaftliche Basis nicht noch mehr zu unterminieren. Gefragt ist dabei natürlich auch die Vernunft jedes Einzelnen.

Herzlichst Euer

Andi Wimmer,  
Bundesvorsitzender der Jungen Industrie

Auf der Liste der Gesprächspartner im beliebten Veranstaltungsformat „Erfolgreiche Kärntner Manager erzählen ...“ war Karl-Heinz Strauss schon länger – im Juli kam der Termin im sommerlichen Ambiente des Schlosses Maria Loretto direkt am Wörthersee zustande. Vielen ist er als Mehrheitseigentümer (im Syndikat mit der Ortner-Gruppe) und CEO der PORR bestens bekannt. Karl-Heinz Strauss war über viele Jahre erfolgreicher Unternehmer, bevor ihn der Ruf in den PORR-Konzern erreichte. Begonnen hatte der damals 20-jährige HTL-Tiefbauabsolvent seine Karriere in der Kreditwirtschaft. Den JI-Mitgliedern beschreibt er seinen Werdegang in der Finanzwelt von Confida über die Chase-Manhattan-Bank bis hin zur Genossenschaftlichen Zentralbank, später RZB, in allen Facetten und Details.

Dabei teilt er seine Learnings bereitwillig mit den Zuhörern: Seine Beharrlichkeit, Ideen keinesfalls (zu rasch) aufzugeben, habe ihn immer zum Erfolg geführt. Zwar hat er oft massivem Gegenwind standhalten müssen, am Ende konnte er mit seinen innovativen Ansätzen jedoch überzeugen. Seine einfache Grundregel im Business: „Was ich nicht verstehe, mache ich nicht.“ Ein Prinzip, das ihn kurz vor der großen Finanzkrise 2008 vor

großem Schaden bewahrt hat. Seine Firma Strauss & Partner, damals mit rund 150 Mitarbeitern einer der bedeutendsten Projektentwickler und Bauträger, hätte sonst genauso wie andere im Zuge der Krise in massive Turbulenzen geraten können.

2010 stieg Strauss als CEO bei der PORR ein. Er fand ein großes, traditionsreiches Unternehmen mit vielen gewachsenen Besonderheiten und jeder Menge Herausforderungen vor. Mit Konsequenz in der Verfolgung seiner Ziele hat er in weniger als zehn Jahren ein voll auf Zukunft gepoltes Hochtechnologie-Bauunternehmen geformt. Der Umsatz wurde beinahe verdreifacht, die

Mitarbeiterzahl hat sich auf 20.000 verdoppelt. Auf den Lorbeeren des Erfolgs ruht sich der 59-Jährige aber sicher nicht aus. So richtig in Schwung kommt Strauss erst, wenn er über die Zukunft des Bauens, BIM 4.0, Lean Construction sowie weitere Pläne und Visionen spricht. Nach 10 Jahren im Unternehmen ist er mit Fleisch und Blut „Porrianer“ geworden. Bloß mit dem Titel „Generaldirektor“ kann er sich nicht anfreunden. Zwar hat er ihn mit seinem Eintritt in den Konzern offiziell abgeschafft, aber ganz ausradieren konnte Strauss ihn dennoch nicht. Angesichts der 150-jährigen Geschichte des Unternehmens vielleicht aber auch nachvollziehbar.

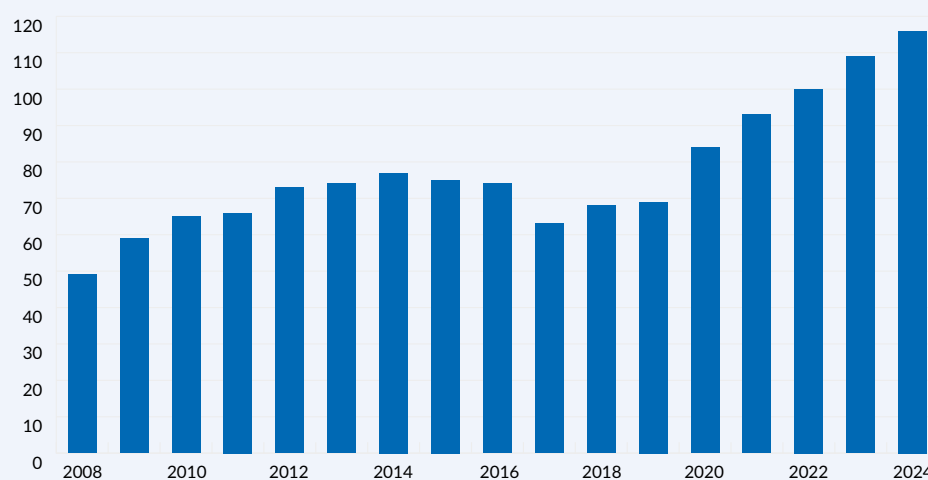


## System am Limit

Laut einer aktuellen Prognose der Sozialversicherungen könnte die Ausfallhaftung des Bundes in den kommenden Jahren massiv steigen. Neben systemimmanenten Gründen – nachhaltig war das heimische Pensionssystem nie und die wiederbelebte „Hacklerregelung“ erfreut sich großer Beliebtheit – verstärkt die aktuelle Krise natürlich die finanzielle Notlage des Systems. Mehr Arbeitslose bedeuten weniger Pensionsbeiträge Aktiver um die Pensionen zu bezahlen. Der Steuerzahler muss mehr und mehr einspringen. Mit ein Grund, warum aus Sicht der JI eine Pensionsanpassung über der vom Gesetz vorgesehenen Inflationsrate „nicht zu rechtfertigen ist“, wie JI-Bundvorsitzender Andreas Wimmer klarstellt.

### Wie stark die Ausgaben für Pensionen steigen

Ausfallhaftung des Bundes für die Pensionsversicherungen (Prognose; in Mrd. Euro)



Quelle: Dachverband der Sozialversicherungsträger

## TERMIN AVISO

**GLOBAL PETER DRUCKER FORUM 2020, 29./30.10.2020, WIEN**

Die Corona-Krise offenbart sich als enorme Herausforderung für das Management weltweit: Leader müssen gerade jetzt unerschütterlich die Richtung vorgeben und gleichzeitig dringenden Anforderungen gerecht werden. „Leadership Everywhere – A Fresh Perspective on Management“ – so lautet das Thema des diesjährigen Drucker Forums, das gemäß allen Corona-bedingten Sicherheits- und Hygienebestimmungen am 29. und 30. Oktober in Wien stattfinden wird.

Nähere Informationen unter:  
[www.druckerforum.org](http://www.druckerforum.org)

**DIVÖRSITY KONGRESS 2020, 20.10.2020 (ONLINE)**

In Österreich leben etwa 2 Mio. Menschen mit Migrationshintergrund, das entspricht 23 Prozent der Bevölkerung. Die Anzahl der über 50-jährigen Erwerbspersonen ist bereits 2015 auf über eine Million gestiegen. Diese Beispiele zeigen, wie sich unsere Gesellschaft verändert. Die daraus entstehenden Auswirkungen bei der Suche nach Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern – und generell auf Arbeitsweisen und die Kultur in Unternehmen – sind wichtige Zukunftsfragen. Der Zusammenhang zwischen den Themen Diversität bzw. Talente und Fachkräftemangel wird beim DivÖrsity Kongress am 20. Oktober 2020 im Haus der Industrie diskutiert.

Der Kongress findet online statt und wird frei zugänglich gestreamt. Nähere Informationen unter:  
[www.divoersity.at](http://www.divoersity.at)





# Industriellenvereinigung Wien forciert Produktionsstandort Stadt

Als ein Spitzenthema der neuen Wirtschafts- und Innovationsstrategie „Wien 2030“ soll der Bereich „Smarte Produktion“ in der nächsten Dekade einen Schwerpunkt der wirtschaftspolitischen Bemühungen der Stadt Wien bilden. Die IV-Wien spielt dabei eine zentrale Rolle.

Produzierende Unternehmen sind nicht nur im ländlichen Raum, sondern insbesondere auch in der Großstadt Garant für Wohlstand und Beschäftigung sowie Motor für Digitalisierung und Innovationen. Die Stadt Wien würdigt diese bedeutende Rolle der Produktion in ihrer neuen Wirtschafts- und Innovationsstrategie „Wien 2030“ deshalb mit einem eigenen Spitzenthema. Spitzenthemen sind jene sechs Säulen der Strategie, die in einem umfassenden Stakeholder-Prozess als Zukunftsfelder für den Standort Wien identifiziert wurden und durch deren Förderung die Stadt sich ein noch klareres Standortprofil geben will.

Dabei sind sich die städtischen Entscheidungsträger bewusst, dass Produktion in der Großstadt auf besondere Herausforderungen stößt. Dicht verbaute Städte erfordern als Produktionsstandorte erhöhte Sensibilität im Umgang mit der Wohnbevölkerung. Zugleich sind Produktionsbetriebe im urbanen Raum auch besonders Megatrends wie Urbanisierung oder Ökologisierung ausgesetzt.

## IV-Wien als Themenkoordinator

Aufbauend auf diesen Überlegungen umfasst das Spitzenthema „Smarte Produktion“ folgende vier Ziele:

- Die produzierenden Betriebe in Wien gelten durch die Integration von digitalen Systemen und Anwendung modernster Fertigungstechniken weltweit als Vorreiter für moderne Produktionstechnologien.
- Die konsequente Ökologisierung von Produktionsprozessen und Produkten aus Wien setzt globale Maßstäbe und wird so zu einer exportfähigen Standortqualität.
- Die Stadt sieht weiterhin gezielt Produktionsflächen im Stadtgebiet vor, deren Qualität kontinuierlich verbessert wird. Zudem forciert Wien innovative Modelle des Zusammenspiels von Produktion mit anderen Raumnutzungsformen.

- Wien nutzt die kreativen Potenziale des Handwerks für die Entwicklung spezieller Wiener Lösungen.

Diese Ziele sollen in einem kontinuierlichen Umsetzungsprozess näher definiert und durch konkrete Leitprojekte vorangetrieben werden. Der Geschäftsführer der IV-Wien, Johannes Höhrhan, wurde eingeladen, hierfür die Themenkoordination zu übernehmen und so interessierten Akteuren die Strategieziele näherzubringen und Vorschläge für neue Leitprojekte zu erarbeiten.

## Neue Arbeitsgruppe „Smarte Produktion“

Zu diesem Zweck fand im Juli die erste (virtuelle) Sitzung der neuen IV-Wien-Arbeitsgruppe „Smarte Produktion“ statt, in der sich über 20 Experten aus Wirtschaft und Industrie, Wissenschaft und Verwaltung zusammenfanden, um mögliche Umsetzungsschwerpunkte zu diskutieren. Mit der Wirtschaftsagentur Wien, dem CDP – Center for Digital Production und der TU Wien-Pilotfabrik Industrie 4.0 stellten sich bei dem Termin auch drei Organisationen vor, die sich schon jetzt intensiv

mit dem Thema „Smarte Produktion“ befassen und auch zahlreiche Anknüpfungspunkte für produzierende Unternehmen bieten.

Beim nächsten Arbeitsgruppentreffen Ende September sollen die Diskussionsergebnisse weiter vertieft und nach Möglichkeit auch erste Leitprojekte skizziert werden, die im Anschluss dann dem Vienna Economic Council – dem Wirtschaftsbeirat der Stadt Wien und Monitoring-Gremium der Strategie „Wien 2030“ – präsentiert und in die Umsetzung gebracht werden sollen.



# IV-Wien ist Partner der Health Challenge Vienna

Zum Spitzenthema „Gesundheitsmetropole Wien“ der Wiener Wirtschafts- und Innovationsstrategie „Wien 2030“ schlossen sich IV-Wien, WK Wien, Ärztekammer Wien, Dachverband der SV-Träger und Wiener Gesundheitsverbund zusammen, um mit der „Health Challenge Vienna“ den ersten Gesundheitsinnovationswettbewerb mit Wien-Schwerpunkt auszurufen.

**D**a für wurden zwei Themenfelder („Challenges“) identifiziert, in denen besonders großer Bedarf an Innovationen besteht. Challenge 1 befasst sich mit dem Thema „Individual Prevention“. Prävention ist eine zentrale Aufgabe aller Gesundheitssysteme. Um wirksam und effizient zu sein, muss sie jedoch möglichst individuell wirken. Zu diesem Zweck sucht die „Health Challenge Vienna“ neue Ansätze, Technologien und Lösungen, um präventive Maßnahmen in Zukunft individueller und treffsicherer gestalten zu können.

Bei Challenge 2 sind sogenannte „File-in-Lösungen“ gefragt. Unter diesem Begriff werden Dokumentationsschritte verstanden, die heute noch auf dem Papierweg erledigt, künftig aber digital durchgeführt werden sollen.

## Gesundheitsmetropole ausbauen

Die „Health Challenge Vienna“ ist eine Initiative im Rahmen der neuen Wirtschafts- und Innovationsstrategie „Wien 2030“ der Stadt Wien. Mit dem Spitzenthema „Gesundheitsmetropole Wien“ ist dort die Gesundheitswirtschaft als einer von sechs Schwerpunktbereichen prominent verankert.

Wien ist bereits heute ein anerkannter Hotspot für Gesundheitsinnovationen. Über die letzten Jahre und Jahrzehnte ist es gelungen, Wien durch kluge Investitionen sowie die richtigen Rahmenbedingungen zu einem attraktiven Standort für Unternehmen aus diesem Bereich zu machen.

Gerade auch unter dem Eindruck der Corona-Krise wird dieses Feld in Zukunft noch weiter an Bedeutung gewinnen. Mit

der „Health Challenge“ soll ein Beitrag geleistet werden, Wien dabei noch besser zu positionieren.

Nach dem Ende der Bewerbungsphase werden nun die mehr als 70 Bewerbungen von Start-ups, KMU und größeren Unternehmen von den Stakeholder-Initiatoren analysiert und bewertet. Die besten drei Bewerber jeder Challenge werden anschließend zu einem Pitchday eingeladen, bei dem die beiden Challenge-Sieger gekürt werden. Ihnen winken Preisgelder und Unterstützung bei ihrem Proof of Concept.

## WEBTIPP

Weitere Informationen finden Sie unter: [healthchallenge.wien](http://healthchallenge.wien)



## Was bleibt, was geht?

Und wie kommen wir gestärkt durch die Krise?

Das Corona-Virus hält die Welt weiterhin in Atem und gerade in der Wirtschaft entfaltet sich eine neue Realität: Einerseits Homeoffice und Digitalisierung, andererseits liegen Flugverkehr, Kultur und Städtetourismus am Boden. Gleichzeitig haben sich die internationalen Finanzmärkte scheinbar entkoppelt: Nasdaq höher denn je, DAX über 13.000 Punkten, nur der Börseplatz Wien schwächelt. Jetzt trennt sich die Spreu vom Weizen: Technologie, Gesundheit und Sicherheit boomen, und in vielen anderen Branchen heißt es: „survival of the fittest“. Unsere Unternehmen haben in den vergangenen Wochen und Monaten – auch dank der Corona-Kurzarbeit – alles darangesetzt, Arbeitsplätze zu erhalten. Aktuell wurde bereits für über 1,8 Millionen Menschen Kurzarbeit beantragt. Trotzdem ist die Arbeitslosigkeit enorm gestiegen. Umso wichtiger war, dass die Bundesregierung, gemeinsam mit den Sozialpartnern und der IV, ein aktualisiertes Modell für die Kurzarbeit auf den Weg gebracht hat.

Nun gilt es, differenzierte Maßnahmen zu setzen, um die Wettbewerbsfähigkeit gerade in den Zukunftsbranchen zu steigern. Jedenfalls sollten wir vermeiden, dass durch Hilfgelder und günstige Finanzierungen Zombie-Unternehmen am Leben erhalten werden. Jetzt kommt es auf Wachstum durch Innovation an. Um all den damit verbundenen Herausforderungen aktiv begegnen zu können und neue Chancen am Arbeitsmarkt, vor allem für die Jungen, zu schaffen, bedarf es einer umfassenden Bildungs- und Qualifizierungsoffensive für unsere Stadt. Neben den besten Köpfen braucht Wien auch die besten Rahmenbedingungen: Ohne massive öffentliche Investitionen in die Zukunft können die technologische Transformation und der Aufbau neuer, nachhaltiger Arbeitsfelder nicht gelingen. Aber nicht nur die öffentliche Hand ist gefordert, gerade jetzt sollten private Investoren motiviert werden, industrielles Risikokapital und globale Kompetenzen einzubringen.

Um auf internationaler Ebene noch erfolgreicher mitspielen zu können, benötigen wir jedenfalls eigenkapitalstärkende Maßnahmen für unsere Unternehmen. Die Senkung der KöSt steht hier ganz oben auf meiner Prioritätenliste. Der von manchen diskutierte Weg, eine geschwächte Wirtschaft durch zusätzliche Steuern, etwa Vermögensteuern, zu belasten, führt jedenfalls in eine ökonomische Sackgasse und ist bestenfalls ein gefährlicher Boomerang.

Ihr

Christian C. Pochtl,  
Präsident der IV-Wien



## JI-Wien wählt Vorstand für die Periode 2020-2023

Nach drei Jahren endet im September die Amtsperiode des aktuellen JI-Wien-Vorstands. Alle ordentlichen Mitglieder der JI-Wien sind daher aufgerufen, noch

**bis 10. September**  
den neuen JI-Wien-Vorstand zu wählen.

Alle Informationen wurden per E-Mail versandt.  
Wir freuen uns auf eine hohe Wahlbeteiligung.

Der Vorstand der Jungen Industrie Wien





# „Jetzt geht es darum, Stabilität in die Wirtschaft zu bringen“

WIFO-Leiter Christoph Badelt sprach mit den iv-positionen über die Auswirkungen der Corona-Krise und notwendige Schritte zu ihrer Überwindung.



## ZUR PERSON

em.o.Univ.Prof. Dr. Christoph Badelt  
Leiter des Wirtschaftsforschungsinstituts (WIFO)

*Die erste Akutphase der Corona-Krise liegt nun schon einige Wochen hinter uns und der Nebel hat sich wieder etwas gelichtet. Was sagen die Zahlen? Wie hat sich der Shutdown auf die österreichische und insbesondere die Wiener Wirtschaft ausgewirkt und wie wird es ökonomisch weitergehen?*

Corona hat uns die schwerste Wirtschaftskrise seit den Dreißigerjahren des letzten Jahrhunderts beschert. Wir rechnen für das heurige Jahr insgesamt mit einem Minus-Wachstum von bis zu 7 Prozent, allerdings scheint sich im dritten Quartal dieses

Jahres schon wieder ein Aufwärtstrend abzuzeichnen. Mit anderen Worten: Die Krise war sehr tief und schmerzhaft, könnte aber auch rasch wieder vorbei sein, wenn es nicht eine zweite Welle von Corona und neuerliche Schließungen gibt – das wollen wir alle vermeiden. Auch Wien war entsprechend stark getroffen, wobei da einige Nuancen zu beachten sind. So hat der Städtetourismus besonders gelitten und wird sich auch so rasch nicht wieder erholen. In der Industrie ist der Grad der Betroffenheit zwischen Branchen und zum Teil auch zwischen Betrieben sehr unterschiedlich. Am Anfang hatten wir eher ein Problem bei den Lieferketten, jetzt geht es vor allem um die Frage, wann sich die Exportmöglichkeiten wieder erholen.

*Die Bundesregierung, die Wiener Stadtregierung und auch die EU haben ein Bündel an Maßnahmen geschnürt, um die wirtschaftlichen Folgen der Krise abzufedern. Neben steuerlicher Entlastung sollen Investitionspakete zu einer Ankurbelung des Wirtschaftsmotors beitragen. Was sind die Bereiche, in denen die „Investitionseuros“ am weitesten tragen? Worauf sollten wir uns hier fokussieren?*

In der ersten Phase der Krise ging es vor allem darum, Unternehmen, die besonders von Liquiditätsausfällen betroffen waren, vor einem kurzfristigen Zusammenbruch

zu bewahren, sowie darum, Einkommen bei jenen Menschen zu substituieren, die arbeitslos geworden sind oder – wie etwa im Fall kleiner Selbständiger – von heute auf morgen alle Einnahmen verloren haben. Außerdem sollte durch Kurzarbeit verhindert werden, dass Unternehmen, die an sich gesund sind, qualifizierte Arbeitskräfte abbauen, weil die Aufträge kurzfristig wegbrechen. Jetzt geht es hingegen darum, ein Element der Stabilität in die Wirtschaft hineinzubringen – vor allem dort, wo die Folgewirkungen von Corona noch länger andauern – und die Investitionen wieder anzukurbeln, damit die Wirtschaft wieder zu einem Wachstumspfad zurückkehren kann. Insofern sind die nationalen und die supranationalen Ziele nicht so unterschiedlich. Allerdings gilt es auf der Makroebene auch, die expansiven Maßnahmen des Staates – z.B. direkte Investitionen der öffentlichen Hand oder auch Investitionsförderungen – mit anderen wirtschaftspolitischen Zielen zu verbinden, insbesondere mit Umweltinvestitionen und technologischen Fortschritten, z.B. in der Digitalisierung.

*Wie bewerten Sie in diesem Zusammenhang die neue Strategie „Wien 2030: Wirtschaft & Innovation“ der Wiener Stadtregierung? Haben die darin definierten Schwerpunkte auch nach der Krise Bestand?*

Ich bewerte die Strategie sehr positiv und

sehe es als positiv an, dass diese Strategie in einer Kooperation mit der Wirtschaft, aber auch mit der Wissenschaft, entwickelt wurde. Es ist richtig, die Strategie hat durch Corona einen aktuellen Fokus erhalten, aber sie wäre auch ohne Corona sinnvoll gewesen und wird das auch bleiben.

*Ein aktuell intensiv diskutiertes Thema ist die schwache Eigenkapitalausstattung vieler Unternehmen, insbesondere im KMU-Bereich. Wo sehen Sie hier die wesentlichen Stellschrauben, um Eigenkapital und dadurch die Resilienz der Betriebe zu stärken?*

Die schwache Eigenkapitalausstattung ist ein lang bestehendes Problem unserer Wirtschaft, vor allem der KMU. Leider steckt dahinter auch ein Haltungsproblem: die Risikoaversion vieler Menschen in diesem Land. Selbst Eigentümer von KMU stecken manchmal ihr freies Kapital lieber in Finanzinvestitionen als in das eigene Unternehmen. Und Risikokapital, das von Privaten an KMU zur Verfügung gestellt wird, ist immer noch viel zu wenig vorhanden – da ist die Start-up-Szene sogar noch eher begünstigt. Steuerliche Anreize wären hier also sicher sinnvoll. Schon alleine die systematische Benachteiligung von Eigenkapital gegenüber Fremdkapital wäre hier ein wichtiger Ansatzpunkt. Ich hoffe, dass da jetzt wirtschaftspolitische Initiativen gesetzt werden.